



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 04.10.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 11. Oktober 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 13.09.2023
2. Vorstellung der Fachstelle „jung & engagiert“ des Freiwilligen-Zentrums Wiesbaden

3. 23-F-63-0098

Unterbringung von Geflüchteten in der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.10.2023 -

Zahlreiche Menschen sind in den letzten Jahren als Geflüchtete nach Wiesbaden gekommen. Ein Großteil von ihnen hat ihre Heimat unfreiwillig und auf beschwerlichen und gefährlichen Wegen verlassen, um Hunger, Terror, Krieg oder der unmittelbaren Bedrohung des eigenen Lebens zu entgehen. Seit dem Russischen Angriffskrieg im Februar 2022 sind es vor allem Ukrainer*innen, die Deutschland erreicht haben.

Seit vielen Jahren gibt es in der Landeshauptstadt die "Wiesbadener Linie", welche die Stadtverordnetenversammlung 2019 noch einmal mit breiter Mehrheit bestätigt hat (Sitzungsvorlage 19-V-50-0006). Kern der "Wiesbadener Linie" sind folgende drei Punkte:

- 1) Die Flüchtlingsproblematik soll in Wiesbaden nicht „politisiert“ werden. Die Unterbringung ist das Geschäft der laufenden Verwaltung.
- 2) Die Unterkünfte für Geflüchtete sollen möglichst dezentral und in allen Stadtteilen geschaffen werden.
- 3) Es soll keine ablehnende Haltung gegenüber den Aufnahmeverfügungen des Landes geben. Soweit wie möglich soll die Verwaltung in Vorleistung bei der Aufnahme treten, weil sich so die Steuerungschancen (z. B. genauer Aufnahmetermin, Größe und Zusammensetzung der Gruppen) verbessern und dadurch eine humane und sozialverträgliche Vorgehensweise gefördert wird.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

- 1) Der Ausschuss unterstreicht die Geltung der "Wiesbadener Linie" bezüglich der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) Wie ist die derzeitige Situation bezüglich der Unterbringungskapazität in Wiesbaden?
- 2) Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten wurden zusätzlich seit dem russischen Angriffskrieg geschaffen?
- 3) Wie viele Gemeinschaftsunterkünfte gibt es aktuell in Wiesbaden? Wie verteilen sie sich auf die Stadtteile?
- 4) Wie steht es um den aktuellen baulichen Zustand und der Wohnzustand der Gemeinschaftsunterkunft Hans-Bredow-Straße?
- 5) Welche Kosten wären mit einer genehmigungsfähigen Verlängerung der Nutzung der Gemeinschaftsunterkunft Hans-Bredow-Straße verbunden?

4. 23-F-69-0067

Öffentlicher Umgang mit der Unterbringung von Geflüchteten
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden beabsichtigt, die aktuell gemäß dem „Konzept GU.plus“ aus 2016 für bis zu 550 Personen ausgelegte Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Hans-Bredow-Straße aufzulösen. Aktuell sind dort lt. Presseberichterstattung noch gut 300 Personen untergebracht. Im Gegenzug soll die durch die Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG) erworbene Liegenschaft Lessingstraße 16-18 für eine Unterbringung von bis zu 350 Geflüchteten ertüchtigt werden. Das Grundstück in der Hans-Bredow-Straße soll mittelfristig als Interimbau für zu sanierende weiterführende Schulen genutzt werden.

Die Bewohner des Einzugsgebiets der Liegenschaft Lessingstraße 16-18 wurden durch das zuständige Dezernat VI von Stadträtin Dr. Becher (SPD) und die SEG erst sehr spät und unzureichend über die Organisation und Planung sowie die Hintergründe der Nutzung der Liegenschaft am 19.09.2023 informiert. Die Antworten auf gestellte Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werfen neue Fragen auf, die bisher unbeantwortet sind.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob er die von Dezernat VI angewandte Kommunikationsstrategie für die Umnutzung der Liegenschaft Lessingstraße 16-18, zum Zwecke der Unterbringung von Geflüchteten, als zielführend und geeignet betrachtet, eine größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung für die humanitär notwendige Unterbringung zu erzielen,
2. ob er beabsichtigt, diese Kommunikationsstrategie auch zukünftig für vergleichbare Fälle anzuwenden,
3. aus welchen Gründen die Gemeinschaftsunterkunft in der Hans-Bredow-Straße
 - a. aktuell weit unter der von der Amtsleitung als Wunschobergrenze genannten 80% der zur Verfügung stehenden Plätze belegt ist und seit wann dies der Fall ist
 - b. nicht als Gemeinschaftsunterkunft weiterbetrieben werden kann und welche Maßnahmen zu welchen Kosten notwendig wären, um einen Weiterbetrieb sicherzustellen

5. 23-F-15-0023

Stopp der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Lessingstraße 16-18
- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 04.10.2023 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden plant in Zusammenarbeit mit der SEG die Unterbringung von Flüchtlingen in der Liegenschaft Lessingstraße 16-18. Dies geschah ohne ausreichende Einbindung des zuständigen Ortsbeirates und ohne eine transparente Informationsveranstaltung für die Anwohner des Viertels.

Erst am 19.09.2023 wurden die Anwohner durch das zuständige Dezernat VI und die SEG (spät und unzureichend) über die Organisation und Planung sowie die Hintergründe der Nutzung der Liegenschaft informiert. Die Fragen der anwesenden Bürger wurden dabei zum Teil nur unzureichend beantwortet. Der Unmut im Viertel ist folgerichtig groß.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die aktuellen Planungen für die Gemeinschaftsunterkunft in der Lessingstraße 16-18 umgehend zu stoppen,
2. für das Gebäude in der Lessingstraße 16-18 dem zuständigen Ausschuss und dem Ortsbeirat in der nächsten Sitzungsrunde ein detailliertes Nutzungskonzept (ohne dabei nur auf eine Flüchtlingsunterkunft abzustellen) vorzustellen; dabei ist auch ein Bürgerbeteiligungsverfahren zu berücksichtigen.
3. zu berichten, aus welchen Gründen die vorhandene Flüchtlingsunterkunft in der Hans-Bredow-Straße nicht mehr für den bisherigen Zweck geeignet ist,
4. unabhängig davon die Flüchtlingsunterkunft Hans-Bredow-Straße bis auf weiteres zu betreiben,
5. zu berichten, ob und welche baurechtlichen und denkmalschutzrechtlichen Aspekte in dem Verfahren bezüglich der Lessingstraße missachtet wurden,
6. zu berichten, warum die Anwohner unzureichend und nicht fristgerecht über die Pläne der Landeshauptstadt Wiesbaden und der SEG informiert wurden und dafür Sorge tragen, dass die „Kommunikationsspannen“ des Geschäftsführers der SEG im Aufsichtsrat der SEG aufgearbeitet werden.

6. 23-F-69-0068

Tagesbetreuung für Kinder

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023 -

Im aktuellen Bericht „Tagesbetreuung für Kinder“ der Landeshauptstadt Wiesbaden wird deutlich, dass die festgelegte Zielquote von 90% im Elementarbereich (3-6-Jährige) mit 90,8% erfüllt ist. Das rechnerische Versorgungsziel ist somit im Elementarbereich erreicht. Gleichmaßen wird aber auch deutlich, dass dringend Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Wiesbaden benötigt werden. Die Platzangebotsquote beläuft sich bei Krippenplätzen lediglich auf 37,7% (inkl. Tagespflege) - bei einem festgelegten Versorgungsziel Wiesbadens von 48% im U3-Bereich.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. woran es liegt, dass das rechnerische Versorgungsziel im Elementarbereich erfüllt ist, aber die Wartelisten der Kitas weiterhin voll sind und das faktische Angebot deutlich niedriger liegt.
2. warum in den letzten Jahren deutlich mehr KiTa-Plätze geschaffen wurden als U3-Plätze, obwohl die Zielquote im KiTa-Bereich bereits sehr nah lag (und mit 90,8% Stand 01.03.2023 mittlerweile übererfüllt wird).
3. ob die für den U3-Bereich jeweils vorgesehen Mittel in den letzten vier Jahren ausschließlich für den U3-Bereich verwendet wurden und wenn nein, für was sie mit welchem Anteil sonst verwendet wurden.

4. welche Anstrengungen die Landeshauptstadt Wiesbaden unternimmt, um die seit langer Zeit weitgehend stagnierende Quote im U3-Bereich (Stand 01.03.2023 37,7% inklusive Kindertagespflege, wobei bekannt ist, dass die Platzzahl in der Tagespflege nach dem 01.03. weiter gesunken ist) anzuheben und die Zielquote von 48 % zu erreichen.

7. 23-F-69-0069

Kindeswohl und Schutzkonzepte

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023 -

Mit dem Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes 2012 rückt der Kinderschutz immer mehr in den Fokus - sowohl im Bereich des vorbeugenden Schutzes als auch beim Eingreifen bei Verletzungen des Kinderschutzes. Das Gesetz stärkt alle Akteurinnen und Akteure, die sich für das Wohlergehen von Kindern engagieren. Damit Kinder in einer Kita sicher sind, müssen Träger in Wiesbaden nun beispielsweise ein Schutzkonzept entwickeln, welches alle Formen von Gewalt berücksichtigt haben muss. Es bedarf dringend weiterer Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche vor Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung zu schützen.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. in welchen Bereichen und/oder Einrichtungen er in Wiesbaden einen Bedarf an Schutzkonzepten sieht und inwieweit sie verpflichtend sind oder werden (und gegebenenfalls wann).
2. ob die Landeshauptstadt Wiesbaden einzelne Einrichtungen und Organisationen (z.B. Vereine) bei der Entwicklung von Schutzkonzepten unterstützt.
3. mit welchen Organisationen die Landeshauptstadt Wiesbaden zusammenarbeitet, um die Erstellung von Schutzkonzepten zu fördern und wie diese Zusammenarbeit gestaltet ist.
4. was Wiesbaden konkret unternimmt, um Kinder und Jugendliche zu schützen. Leistet die Landeshauptstadt Wiesbaden in diesem Bereich bereits Präventionsarbeit, beispielsweise durch Seminare und Fortbildungen?
 - a. Falls ja, zu berichten, welche Präventionsarbeit geleistet wird.
 - b. Wenn nicht, zu berichten, warum keine Präventionsarbeit geleistet wird.

8. 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **14-F-33-0072** **DL 18/23-1, 20/22-1 , 30/21-1, ANLAGEN**

Kooperationsprojekt HaLT!
- Bericht des Dezernates VII vom 31.07.2023 -
- Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 13.09.2023 (BP 0105) -
- Bericht des Suchthilfezentrums vom 12.09.2023 -

2. **21-O-01-0046**

Zur Lage der Jugend in Wiesbaden (Linke)
- Antrag der Fraktion Die Linke (OBR) vom 02.11.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 15.09.2023 -

- Der Bericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

3. **23-V-51-0011** **DL 23/23-8**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Grundsatzvorlage zum Neubau einer Kindertagesstätte in der Wiesbadener Straße 37 in Mainz-Kastel durch die SEG

4. **23-V-51-0032** **DL 23/23-9**

Ausbau Kinderbetreuung 48/90; Verlängerung der Anmietung der Containeranlage Amöneburg zur Deckung der akuten Bedarfe

5. **23-V-51-0038** **DL 23/23-10**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Grundsatzvorlage Caritasverband Wiesbaden e. V. Tageseinrichtung für Kleinkinder im Roncallihaus

6. **23-V-51-0041** **DL 23/23-11**

"Bericht Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschul Kinder - Schuljahr 2022/23"

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am 11. Oktober 2023

7. 23-V-51-0042

Erweiterung des Konzepts zur Fachkräftegewinnung

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 10.10.2023 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender